Allgemeiner Anzeiger

Tageblatt für das Vollme- und Ennepegebiet

Verbreitungsbezirk: Halver, Oberbrügge, Brügge, Schalksmühle, Dahlerbrück, Rönsahl, Kierspe, Kierspe-Bhf., Bollwerk, Vollme, Lüdenscheid, Meinerzhagen, Valbert, Ohl, Kupferberg, Radevormwald, Breckerfeld u. s. w.

Herausgeber und Verlag: Wilh. Bell jr., Halver. Fernsprecher Nr. 42 Amt Halver. Telegramm-Adresse: Anzeiger Halver.

Nr. 53 | — Erscheint wöchentlich 6 mal. — Bezugspreis freibleibend! | Halver Montag, den 3. März 1924 | Anzeigenpreis für 1 mm Höhe, 34 mm breit 6 Goldpf. für Behörden, Finanzanzeigen und auswärtige Anzeigen 10 Goldpfg. — Reklame 40 Goldpfg. — Offertgebühren 10 Goldpfg. und Porto. | 24. Jahrgang

Kleine Zeitung für eilige Leser.

* Vom 1. März ab wird der direkte Güterverkehr zwischen den Reichsbahnstationen der englischbesetzten Zone und den im Regiebetrieb befindlichen Stationen aufgenommen.

* In Berlin fand eine Sitzung der einzelstaatlichen Finanzminister statt, in der über die Finanzlage der Länder und über die Rückwirkungen der dritten Steuernotverordnung beraten wurde.

* Die Deutschvölkischen in Sachsen beabsichtigen, in den nächsten Tagen einen Antrag auf Zulassung einer Auflösung des Landtages einzubringen.

* Die in Berlin versammelten Vertreter der Bodenreformerbewegung beschlossen, für die kommenden Gemeinde-, Landtags- und Reichstagswahlen eigene überparteiliche Listen aufzustellen.

Der „zweite" Ausnahmezustand.

Der militärische Ausnahmezustand ist aufgehoben, dafür sind aber weitgehende Ermächtigungen an die Zivilbehörde erteilt, so daß man schon die Rede hört vom zweiten Ausnahmezustand.

Der militärische Ausnahmezustand ist immer ein zweischneidiges Schwert. Gewiß schafft er Ruhe und Ordnung, aber oft schießt er über dies Hauptziel hinaus und stellt dann die Militärs, die ja nun Politik treiben, sich mit Dingen des öffentlichen Lebens beschäftigen müssen, in den Mittelpunkt politischer Kritik berechtigter oder unberechtigter Art. Jene Parteien, die durch den Ausnahmezustand getroffen werden, schreien oder zetern zwar kräftig genug, aber es muß doch festgestellt werden, daß — alle Parteien irgendwann einmal mit dem Belagerungszustand regiert haben. Im übrigen — allzu viel hat man, abgesehen von den ersten Zeiten des Ausnahmezustandes in Sachsen und Thüringen, von der ganzen Geschichte nicht gemerkt. Was man aber merkte, war, wie gewisse Verordnungen wirkungslos blieben.

Nun sind die Beschränkungen der persönlichen und der Pressefreiheit, sowie des Vereins-, besser gesagt, des Versammlungsrechts, aufgehoben worden und die der Reichswehr übertragene Befugnis ist in die Hände der Zivilverwaltung zurückgelegt worden. Es ist ein „ziviler" Ausnahmezustand, weil die Rechte, die bisher der Chef der Reichswehr besaß, auf den Reichsminister des Innern übergegangen sind. Mit allen Rechten, die jener besaß. Denn die im Artikel 48 der Reichsverfassung genau bezeichneten Rechtsbeschränkungen (Art. 114, 115, 117, 118, 123, 124 und 153) kann der Innenminister oder von ihm bezeichnete Stellen der Zivilverwaltung ohne weiteres durchführen, und alle Behörden haben dabei Hilfe zu leisten. Von vornherein ist das geschehen dadurch, daß Versammlungen und Aufzüge unter freiem Himmel verboten sind, allerdings sind Ausnahmen zulässig. Außerdem bleibt das Verbot der rechts- und linksradikalen Parteien bestehen, aber man kann wohl damit rechnen, daß dies Verbot am 15. März aufgehoben wird. Bis zu diesem Termin sind übrigens auch die auf militärischen Befehl in Schutzhaft Befindlichen zu entlassen.

Nun hat man, um einen Konflikt mit Bayern zu vermeiden — es ist ohne weiteres klar, daß dort gerade jetzt der Belagerungszustand weit straffer gehandhabt wird als es durch die neue Verordnung möglich ist — ausdrücklich die Möglichkeit offen gelassen, einzelne Teile des Reichsgebietes von dieser Verordnung auszunehmen und hat gleichzeitig diese Ausnahme für Bayern veröffentlicht. Bayern behält also seinen militärischen Ausnahmezustand, und damit ist die staatsrechtliche Unmöglichkeit aus der Welt geschafft, daß in Bayern praktisch die bayerischen und die Reichsverordnungen gelten.

Die Frage der Aufrechterhaltung des Ausnahmezustandes ist bekanntlich im Parlament in den letzten Tagen Gegenstand eifrigsten Für und Wider gewesen und die Gemüter werden sich bei dieser Lösung nicht beruhigen. Vermutlich wird man von radikaler Seite bald gegen den „zweiten" Ausnahmezustand anrennen, weil in die Hände des Reichsinnenministers eine sehr starke Macht gelegt worden ist. Da hat man denn, wie das in Deutschland so der Brauch ist, von vornherein „das größte Mißtrauen", und dem Reichsinnenminister wird wohl auch gesagt werden jenes klassisch schöne Wort des alten Freisinnigen Waldeck: „Ich kenne die Pläne des Ministers nicht, aber ich mißbillige sie."

Wird aber der zivile Ausnahmezustand zum Schutz der ordnungsliebenden Teile der Bevölkerung straff durchgeführt, wird vor allem in der Wahlzeit den üblen Versammlungssprengungen und Terrorversuchen energisch entgegengetreten, wird vor allem am Wahltage für die freie Ausübung des höchsten Bürgerrechts, des Wahlrechts, gesorgt, so kann das sehr gleichgültig sein. Führt Dr. Jarres seine schweren Aufgaben verständnisvoll durch, dann ist die Ausschaltung des Militärs aus der Politik nur zu begrüßen.

Wobei man doch ein Kopfschütteln darüber nicht unterdrücken kann, daß es bei einem politisch angeblich so reifen Volk wie dem deutschen anscheinend ohne die Zwangsmaßnahmen des Ausnahmezustandes nicht zu gehen scheint. Wenn wir doch bloß erst so weit wären, daß wir uns nur durch das Wort gegenseitig zu überzeugen versuchen, ruhig verhandeln, uns aber nicht einander mit Gewalt und „schlagenden" Gründen bearbeiten! Dann werden wir auch den zweiten Ausnahmezustand nicht mehr brauchen.

*

Was der Reichsinnenminister sagt.

Der Reichsminister des Innern hat im Reichsrat zur Aufhebung des militärischen Ausnahmezustandes eine Erklärung abgegeben, in der er folgendes ausführt: Die Verhältnisse im Reich gestatten die restlose Aufhebung des Ausnahmezustandes nach Auffassung des Herrn Reichspräsidenten und der Reichsregierung noch nicht. Es machen sich auch heute noch bedrohliche Bestrebungen geltend, die auf gesetzwidrigem Wege die Änderung der verfassungsmäßigen Staatsform erzwingen wollen. Die Reichsregierung ist entschlossen, diesen zentralrevolutionären Bestrebungen, ob sie von links oder rechts kommen, rücksichtslos entgegenzutreten. Zur Abwehr dieser umstürzlerischen Tendenzen soll daher auch in Zukunft der Ausnahmezustand in nichtmilitärischer Form bestehen bleiben.

Politische Rundschau.

Deutsches Reich.

Deutsch-siamesisches Wirtschaftsabkommen.

Zwischen dem Staatssekretär des Auswärtigen Amtes und dem Pariser siamesischen Gesandten ist im Auswärtigen Amt ein vorläufiges Wirtschaftsabkommen unterzeichnet worden. Durch das Abkommen werden die noch bislang von Siam ausgeschlossenen deutschen Reichsangehörigen dort wieder zugelassen. Die Meistbegünstigung ist in den Fragen der Ein- und Ausfuhr, des Zolltarifs, der Schiffahrt und des Schutzes gewerblicher Eigentumsrechte gewährleistet.

Gegen Personentariferhöhung.

Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion hat eine Interpellation eingebracht, die sich gegen die Erhöhung der Personentarife für die dritte und vierte Wagenklasse richtet und diese Maßnahme als unsozial bezeichnet. Bei den Deutschnationalen besteht Neigung, diesem Antrage beizutreten, wie aus einer Bemerkung der Deutschen Tageszeitung hervorgeht.

Insurgentenumtriebe in Deutsch-Oberschlesien.

Anknüpfend an die Massenverhaftungen in Gleiwitz gibt der Oberpräsident von Oberschlesien bekannt, daß es gelungen ist, urkundliche Beweise aus jüngster Zeit für die Zugehörigkeit deutscher Reichsangehöriger zu Insurgentenorganisationen zu erhalten. Allem Anschein nach sind auch in Deutsch-Oberschlesien Ortsgruppen der Insurgentenorganisationen gebildet worden. Gegen die bisher Verhafteten ist ein Ermittlungsverfahren beim Oberreichsanwalt eingeleitet. Gegen eine Polizeiwache in Gleiwitz wurde offenbar im Zusammenhang mit den Verhaftungen ein Handgranatenanschlag verübt.

Großbritannien.

× **Internationaler Achtstundentag.** Die englische Regierung hat die Absicht, wie der Arbeitsminister im Unterhause mitteilte, in den nächsten Tagen dem Parlament einen Gesetzentwurf vorzulegen, um ein vollständiges Übereinkommen mit den fünf größeren Industriestaaten über den Achtstundentag zu treffen. England, Frankreich, Deutschland, Belgien und die Vereinigten Staaten sollen zu einer gleichmäßigen Anwendung des Achtstundentages in diesen Ländern gewonnen werden.

Aus In- und Ausland.

Berlin. Der zurzeit im Reichshaushaltsausschuß beratene Notetat der Regierung verlangt die Flüssigmachung von 800 Millionen Goldmark im Wege des Kredits.

Dresden. Der unter 66 verhafteten Teilnehmern einer kommunistischen Versammlung befindliche Landtagsabgeordnete Renner wurde zunächst nicht freigegeben.

London. Bei der Nachwahl in Burnley siegte der wegen seiner Rede gegen den Versailler Vertrag in den letzten Tagen vielgenannte Minister des Innern Henderson (Arbeiterpartei) mit 24 571 Stimmen gegen Camps (Konservativ) mit 17 534 Stimmen.

Deutscher Reichstag.

(404. Sitzung.) CB. Berlin, 29. Februar.

Das Haus setzte die große politische Aussprache fort. Vor Beginn der eigentlichen Debatte richtete der Kommunist Thomas an die Regierung die Frage, ob es richtig sei, daß die beschlagnahmte kommunistische Literatur noch kurz vor Aufhebung des militärischen Ausnahmezustandes verbrannt werden sollte, und wünschte Auskunft darüber, ob nun wieder die kommunistischen Blätter erscheinen können.

Der deutschvölkische Abg. Wulle, der als erster Redner aus dem Hause das Wort ergriff, sprach die Ansicht aus, daß die Weimarer Verfassung durch die Militärdiktatur und das Ermächtigungsgesetz restlos aufgehoben worden sei. Der selige Kapp sei gegenüber der Regierung Marx-Stresemann ein reiner Waisenknabe gewesen, da sie weit rücksichtsloser als dieser mit der Verfassung umgesprungen sei. Für das herrschende System sei typisch die fortwährende Suche nach Landesverrätern. Der Redner war weiter der Meinung, daß die Handhabung des militärischen Ausnahmezustandes bewiesen habe, daß man selbst einem hervorragenden Heerführer die politische Leitung nicht übertragen dürfe. Der Redner tadelte weiter die Regierung, daß sie den Franzosen das Beileid anläßlich des Unterganges der „Dixmuiden" ausgesprochen habe, desgleichen ihre Haltung gegenüber dem Tode Wilsons. In den Reihen der Deutschen Volkspartei und auch im übrigen Hause wurde man unruhig, als Herr Wulle die Rede Stresemanns etwas zu wehmütig nannte und meinte, daß diese Bettelreien vor dem Auslande geradezu ekelhaft anmuten.

Reichsfinanzminister Dr. Luther

zog zuerst einen Vergleich mit den früheren Zeiten. Er wies darauf hin, daß früher der Finanzminister einen wohlgefügten Etat vorlegen konnte. Dies sei diesmal nicht möglich, weil die Ruhrbesetzung noch immer jede Etatsaufstellung unmöglich mache. Er ging dann auf die Gründe ein, die die Regierung zur Einbringung des Notetats veranlaßt hätten. In diesem Zusamenhange rechtfertigte er auch die

Steuernotverordnung,

die im Interesse der Balancierung des Etats eine Notwendigkeit sei und ganz besonders auch im Interesse der Stabilisierung der deutschen Währung.

Minister Dr. Luther schilderte weiter die Entstehungsgeschichte der Rentenmark. Da dem Reiche aber nur 1,2 Milliarden zur Verfügung gestellt werden konnten, so hätte sich die Notwendigkeit einer weitgehenden Beschränkung der Ausgaben ergeben, die sich später als währungspolitisch durchaus richtig erwiesen hätte. Wenn bei der Veröffentlichung absoluter Zahlen gezeigt werde, daß reichere Länder ihre Bürger steuerlich höher belasteten als Deutschland, so hätten diese absoluten Zahlen keine Beweiskraft.

Das Maß der deutschen Verarmung

zeige sich durch einen Vergleich der relativen Steuerbelastung von 1913 und 1924. Da die Rentenmark nur eine Übergangslösung darstelle, so brauche Deutschland vor allem dringend Goldkredite für seine Wirtschaft. Weiter wurde die Frage der Besatzungskosten angeschnitten und hervorgehoben, daß diese zum größten Teile an die Bevölkerung der besetzten Gebiete gezahlt würden. Die Regierung hätte sich bemüht um ihre Herabsetzung. Leider sei ihr die Genehmigung zur Erhebung der Steuern, der zweiten Steuernotverordnung im besetzten Gebiet, trotz dringendster Vorstellungen bisher immer noch nicht erteilt worden, ja, es sei sogar geradezu ein Verbot ergangen, die Steuern zu zahlen. Mit den Abänderungsanträgen für die Verordnungen werde sich die Regierung eingehend beschäftigen, sie müsse aber unter allen Umständen an dem Gedanken der sogenannten Mietssteuer festhalten. Außerdem stelle die jetzige Vorlage nur eine Übergangsmaßnahme zur freien Mietswirtschaft dar. Wenn nicht unvorhergesehene Störungen eintreten, werde am 1. April mit einer Erhöhung der Beamtengehälter und Renten begonnen werden.

Der Abg. Ledebour (U.-Soz.) wandte sich vor fast leerem Hause gegen die Abschaffung des Achtstundentages und verlangte, diese wichtige Frage einer Volksabstimmung zu unterwerfen.

Dann vertagte sich das Haus auf nächsten Mittwoch.

*

Arbeitsplan des Reichstags.

Der Ältestenrat des Reichstages beschloß mit Rücksicht auf die geplanten Pfalzkundgebungen in Mannheim sowie auf die Abgeordneten der besetzten Gebiete, den Sonnabend sowie den Montag und Dienstag der nächsten Woche sitzungsfrei zu lassen. Mit der am nächsten Mittwoch festgesetzten allgemeinen Aussprache werden verbunden die Interpellationen, die von den Sozialdemokraten und von der Deutschnationalen Volkspartei zu den Eisenbahnfahrpreisen, zur Not der Landwirtschaft, zur Frage der Arbeitslosigkeit der Industrie eingebracht sind. Von der Reichsregierung werden sich nach Mannheim der Reichspräsident, Reichswehrminister Geßler, Reichswirtschaftsminister Hamm und Postminister Höfle begeben; ebenso Reichstagspräsident Löbe. Alle Parteien haben den Wunsch geäußert, in möglichst großer Zahl an dieser Mannheimer Tagung teilzunehmen.

Wann wird zum Reichstag gewählt?

Noch kein sicherer Termin.

n. Berlin, 29. Februar.

Trotz des Hitlerprozesses und seines durch die bisherigen Aussagen der Vernommenen die Anklage fast in ein anderes Ziel umbiegenden Verlaufes beherrscht gegenwärtig die politischen Gemüter nichts so sehr, wie die Frage nach dem Termin der Reichstagsneuwahlen. Gerüchte schwirren so dicht umher wie die unzeitigen Schneeflocken des Märzanfanges. Die Deutsche Volkspartei hatte beschlossen, einen Initiativantrag einzubringen, nach dem der neue Reichstag am 4. Mai gewählt werde, der alte sich demgemäß am 3. Mai von selber auflösen solle. Heute wird nun berichtet, dieser Antrag sei noch nicht eingebracht, die Volkspartei wolle vorher mit den übrigen Mittelparteien verhandeln.

In einer Unterredung des Reichskanzlers mit den Parteiführern habe Dr. Marx jedoch erklärt, der volksparteiliche Antrag sei gar nicht notwendig, weil eine Auflösung des Reichstages zu einem früheren Termin ihm unvermeidlich erscheine. Die Deutschnationalen sollen bei der Absicht beharren, möglicherweise die Wahlen viel früher, vielleicht schon zum 6. April, anzustreben. Die Regierung behält sich jedenfalls, auch nach den Erklärungen des Reichsinnenministers, freie Hand zur alsbaldigen Auflösung vor, falls den Verordnungen des Ermächtigungsgesetzes durch Beschlüsse im Plenum Gefahr drohen würde.

Alles hängt von den Parteien ab, sagte Dr. Jarres. Also muß dem Ausbruch der Parteiweisheit — von der nicht alle Leute überzeugt sind — entgegengesehen werden.

Skandal im sächsischen Landtag.

Ablehnung des Mißtrauensantrages.

Dresden, 29. Februar.

Ministerpräsident Heldt erklärte bei Besprechung des deutschnationalen Mißtrauensantrages: Die sächsische Regierung sei imstande und gewillt, alle staatlichen Mittel bedingungslos einzusetzen, wenn von irgendeiner Seite Ruhe und Ordnung gestört würde. Das Reich habe sich verbürgt, Sachsen genau so zu behandeln wie alle anderen Länder. Bei der Abstimmung erhob sich ein großer Tumult durch die Kommunisten, der sich in der Hauptsache gegen die Sozialdemokraten richtete. Mehrere Abgeordnete wurden ausgeschlossen und die Sitzung zweimal unterbrochen. In der dritten Sitzung wurde der deutschnationale Mißtrauensantrag gegen die Stimmen der Deutschnationalen und der Kommunisten bei Stimmenthaltung des linken Flügels der Sozialdemokraten abgelehnt.

Kriegsgefahr auf dem Balkan.

Serbische Kriegserklärung an Bulgarien?

Vom Balkan kommen alarmierende Nachrichten. Man spricht offen von einer Kriegserklärung Südslawiens an Bulgarien. Über eine halbe Million jugoslawischer Truppen sollen an die bulgarische Grenze geschickt worden sein, besonders an die Kohlenfelder von Pernik. Belgrad warte nur noch auf einen Vorwand für einen Vorstoß auf bulgarisches Gebiet. In Nordalbanien werden ebenfalls Truppen zusammengezogen, wo mazedonische Banden ihr Hauptquartier haben sollen. Die griechische Regierung fürchtet, Jugoslawien werde auch einen Vorwand finden, um Saloniki zu besetzen. Ein Wechsel in der Belgrader Regierung wird als einzige Hoffnung für die Vermeidung eines neuen Balkankrieges bezeichnet.

Degoutte gegen deutsche Steuerhoheit.

Strafandrohungen.

Der französische Kommandeur im besetzten Gebiet sagt in einer Bekanntmachung an die Bevölkerung, ohne seine Genehmigung seien keine nach dem 11. Januar ergangenen Verordnungen der deutschen Regierung anwendbar. Das bezieht sich auf das Rentenmarkgesetz, sowie auf alle Steuerverordnungen, die von der Besatzungsbehörde noch nicht genehmigt sind. Sowohl die Einforderung der Zahlungen durch die Behörden, wie die Leistungen der Steuerpflichtigen werden unter Strafe gestellt. In einer Verhandlung erklärte der Vertreter des Generals Degoutte, daß die Finanzhoheit des Deutschen Reiches in dem besetzten Gebiet aufgehoben werden würde, wenn die Finanzämter versuchen sollten, die verbotenen Steuern einzuziehen.

Prozeß Hitler u. Gen.

(Vierter Tag.) s. München, 29. Februar.

Die Öffentlichkeit wurde heute wiederhergestellt, und es wurde in der Vernehmung des früheren Oberstleutnants Kriebel fortgefahren. Voran gingen jedoch allerlei Beschwerden des Staatsanwalts und der Verteidigung gegen gewisse Anwürfe deutscher Zeitungen. Einer der Verteidiger wandte sich scharf gegen die „dreckigen" Karikaturen von Prozeßbeteiligten, die in der Presse veröffentlicht worden seien, vor allem gegen ein Bild des Generals Ludendorff, den man als in Angst aufgelöst dargestellt habe. Ein zweiter Anwalt nahm Stellung gegen eine Pressebehauptung, wonach die Angeklagten darauf hinzielten, die Schuld auf andere, namentlich auf Kahr, Lossow und Seißer, abzuwälzen. Nachdem dann auch noch der Staatsanwalt verschiedene Klagen ähnlicher Art vorgebracht hatte, schilderte

der Angeklagte Kriebel

im einzelnen den Verlauf der Ereignisse bis zu dem mißglückten Novemberputsch. Seine Angaben deckten sich im wesentlichen mit den Schilderungen Dr. Webers und Pöhners. In einer Besprechung, bei der Vertreter aller Wirtschaftskreise, der nationalen Organisationen und der vereinigten vaterländischen Verbände Bayerns anwesend gewesen seien, habe Kahr erklärt, daß jetzt die Revolution zu Ende sei und das neue Deutschland beginne. Dann sei es zu der berühmten Sitzung vom 6. November gekommen. Kahr habe damals keinen Zweifel darüber gelassen, daß er der Regierung Stresemann als einer nicht nationalen Regierung feindlich gegenüberstehe, und daß diese Regierung von Bayern aus bekämpft werden müsse, sei es auf normalem, sei es auf anormalem Wege. Es sei ausdrücklich erwähnt worden, daß der normale Weg natürlich auch ein nicht parlamentarischer sein könnte. Kahr habe weiter ausdrücklich davon gesprochen, daß es nicht genüge, die neuen Männer für Deutschland zu haben; man müsse vielmehr auch die preußische Regierung vorbereiten, und dazu seien Verhandlungen im Gange. Er verlange Disziplin; den

Befehl zur Aktion

werde er selbst geben. Hierauf habe Lossow gesprochen, der im allgemeinen äußerte, daß er völlig mit Kahr einig sei, und ausdrücklich davon sprach, daß er jede Sache mitmache, die Aussicht auf Erfolg habe; er wolle nur keinen Kapp-Putsch mitmachen und würde sich mit Gewalt gegen den Verband wenden, der sich zu einem solchen Putsch verleiten ließe. Auch Seißer habe gesagt, daß er treu hinter Kahr stehe. Unter dem Eindruck dieser Versammlung habe er, Kriebel, ein Rundschreiben an die Verbände verfaßt: es sollte keine Revolution in Bayern gemacht, sondern nur den drei Leuten ein Sprungbrett gegeben werden. Am 7. November abends seien die militärischen Vorbereitungen noch eingehend besprochen und dabei auch die Verhaftung der Minister erörtert worden. „Gegen die meisten Minister," sagte Kriebel, „hatten wir gar nichts; zu Knilling hatten wir sogar großes Vertrauen, und es hat uns leid getan, daß statt Kahr nicht er Generalstaatskommissar geworden war." Oberstleutnant Kriebel kommt dann auf den „Treubruch" Kahrs, Lossows und Seißers zu sprechen und gerät dabei in immer größere Erregung.

„Mir ist es vollkommen gleich," ruft er, „ob ich verurteilt werde und sitzen muß oder nicht, aber es ist doch unerhört, daß diese drei Männer, die ihr Wort verpfändet hatten, plötzlich umfielen, ohne Ludendorff Mitteilung zu machen, weshalb und warum; eine solche Mitteilung hätte man doch von anständigen Leuten erwarten können. Ich schäme mich, dieselbe Uniform getragen zu haben wie diese drei Männer!"

Als der Staatsanwalt diese Bemerkungen rügte, verbat sich der Vorsitzende, gleichfalls in erregtem Tone, diesen Eingriff in sein Rügerecht, und die Verteidiger mischten sich ebenfalls in die Debatte.

Oberstleutnant Kriebel kam dann noch einmal auf Ludendorffs Haltung zu sprechen und betonte immer wieder, daß „der General allein unter die Räuber gefallen sei". Er berichtete weiter über die Ereignisse vom 8. November, die durch das von ihm herumtelephonierte Stichwort „Glücklich entbunden" ausgelöst wurden, und sagte, als er die Weimarer Verfassung erörterte, daß er selbst von dieser Verfassung keine Ahnung gehabt und sie nur deshalb angegriffen habe, weil auch andere darauf losgeschlagen hätten. Und dann schilderte er eingehend den Marsch in die Stadt. An der Spitze der Verbände seien die Führer marschiert, darunter Hitler, Ludendorff, Dr. Weber und er selbst. Zu dem

blutigen Zusammenstoß an der Residenz

sei es nicht durch die Schuld der Verbände gekommen, sondern durch die Schuld der Landespolizei, die angefangen habe zu schießen, und zwar mit Karabinern. Das sei das Signal zu einer allgemeinen wilden Schießerei gewesen.

*

Vernehmung Ludendorffs.

In der Nachmittagssitzung begann die mit ungeheurer Spannung erwartete Vernehmung des Generals Ludendorff. Ludendorff gab einen Überblick über sein Leben und seine Lebensauffassung. Er habe sich immer nur als Diener des Vaterlandes gefühlt und wolle hier an Gerichtsstelle nicht als General in hoher Stellung, sondern einzig und allein als deutscher Mann gewertet werden.

Der General sprach dann über seine politische Einstellung. In das Unternehmen, das hier in Frage stehe, sei er zum erstenmal in den letzten Oktobertagen des vorigen Jahres hineingezogen worden.

Als die bayerische Reichswehr ihren Abfall von der Gesamtreichswehr kundtat, habe er als deutscher Soldat das als Meuterei und Verfassungsbruch auffassen müssen, womit er jedoch nicht sagen wolle, daß er zur Weimarer Verfassung stehe.

Die Not des Krieges und die Arbeit für die Wehrhaftigkeit des Reiches habe ihn vor der Zeit alt gemacht, aber aufs tiefste sei seine Seele erschüttert worden durch das

Ringen mit dem eigenen Volke.

Die Freiheit des Volkes gehe ihm über alles. Er habe mit Trauer im Herzen den Niedergang des Landes, den Zusammenbruch seines Kaiser- und Königshauses und des Wittelsbacher Königshauses miterlebt und habe das alles auf äußeres Verschulden, auf die Verseuchung des Landes mit kommunistischen und marxistischen Ideen zurückgeführt. Über seine Stellung zum Marxismus habe er nie einen Zweifel gelassen.

Man erinnere sich nur, was Scheidemann, der Führer der Sozialisten, seinerzeit den Franzosen gegenüber gesagt habe: „Der Feind steht nicht hier in Frankreich, sondern wo anders, in Deutschland selbst!" und „Deutschland wird seine Flagge für immer streichen müssen!"

Aber nicht nur zu den marxistischen und kommunistischen Ideen, sondern auch zur jüdischen Frage habe er Stellung genommen, auch darüber habe er sich während des Krieges seine eigenen Gedanken gemacht. Er sehe die jüdische Frage als eine Rassenfrage an und betrachte die Juden genau so als einen Fremdkörper im deutschen Volk wie etwa die Engländer und die Franzosen.

Zentrumspolitik.

Im weiteren Verlauf seiner Rede kam General Ludendorff auf seine Stellung zur ultramontanen Frage zu sprechen. Er denke nicht daran, einen neuen Kulturkampf zu entfesseln, und die katholischen Soldaten hätten sich im Kriege ebenso ausgezeichnet bewährt wie ihre protestantischen Kameraden. Er habe aber im Osten und im Westen des Reiches in katholischen Gegenden die Schäden der Zentrumspolitik empfunden. Bismarck schon habe vom Zentrum gesagt: „Reichsfeinde wollen sie nicht heißen, aber das Reich paßt ihnen nicht!" Der General verlas dann mehrere Stellen aus Nummern des Bayerischen Kuriers vom Oktober 1918, um nachzuweisen, daß man damals in bayerischen Zentrumskreisen nicht dem Gedanken eines „Los von Preußen!" und eines bayerischen Sonderfriedens mindestens gespielt habe.

Im Bürgerbräu.

Ludendorff schildert dann im weiteren Verlauf seiner Rede, daß an dem Tage, als Kahr im Bürgerbräu seine angekündigte Rede hielt, er abends gegen 8 Uhr 30 Minuten angerufen wurde: seine Anwesenheit im Bürgerbräukeller sei dringend erwünscht. Auf seine Frage, was los sei, erhielt er die Antwort, das würde ihm noch mitgeteilt werden. Im Bürgerbräukeller wurde er von Hitler begrüßt und gebeten, das Amt eines Befehlshabers einer zu bildenden nationalen Armee zu übernehmen.

Später trat er in ein Nebenzimmer, das von einer Wache umgeben war. Dort bemerkte er General von Lossow, den er mit den Worten begrüßte: „Der Stein ist ins Rollen gekommen, die Sache muß nun weitergeführt werden." Ludendorff ging dabei, wie er aussagt, von der Auffassung aus, daß das Ziel des Hitler-Unternehmens mit dem Ziel der drei Herren Kahr, Lossow und Seißer durchaus identisch sei.

Selbstverständliche Voraussetzung für ihn war, daß die bayerische Staatsgewalt mittun werde. Lossow erwiderte darauf, es sei auch seine Ansicht, daß das Unternehmen jetzt weitergeführt werden müsse. Auf weitere Einzelheiten des Gespräches mit Lossow kann er sich nicht besinnen.

Lokales und Provinzielles.

Halver, den 3. März 1924.

Steuerkalender.

Zusammengestellt von der Handelskammer zu Lüdenscheid am 1. März 1924.

Reichssteuer-Termine im März 1924.

5. März 1924: Lohnsteuer für Lohnzahlungen (einschl. Vorschuß- oder Abschlagszahlungen) in der Zeit vom 20.—29. Februar. Keine Schonfrist, Finanzkasse.

10. März 1924: Voranmeldung und Vorauszahlung der allgemeinen und erhöhten **Umsatzsteuer** für Februar, soweit Verpflichtung zu monatlichen Vorauszahlungen besteht. Schonfrist: 1 Woche. Finanzkasse.

10. März 1924: Einkommensteuer-Vorauszahlungen mit Voranmeldung, wenn Umsatzstener monatlich gezahlt wird. Schonfrist; 1 Woche. Oertliche Hebestelle.

10. März 1924: Vorauszahlung auf **Körperschaftssteuer** für Monat Februar. Schonfrist: 1 Woche. Finanzkasse.

15. März 1924: Lohnsteuer für Lohnzahlungen (einschl. Vorschuß- oder Abschlagszahlungen) in der Zeit vom 1.—10. März. Keine Schonfrist. Finanzkasse.

16. März 1924: Abführung der **Börsenumsatzsteuer** durch die Ablieferungsstellen. (Banken, Sparkassen). Keine Schonfrist. Finanzkasse.

25. März 1924: Lohnsteuer für Lohnzahlungen (einschl. Vorschuß- oder Abschlagszahlungen) in der Zeit vom 11.—20. März. Keine Schonfrist. Finanzkasse.

Staatliche Steuer vom Grundvermögen:

bis zum 15. März 1924: die Märzrate 1924. Für bebaute Grundstücke, die ganz oder teilweise vermietet sind, läuft die Zahlungsfrist jedesmal 5 Tage weiter. Oertliche Hebestelle.

Handelskammerumlage 1923/24:

bis zum 31. März 1924: die zweite Hälfte gemäß den den Firmen des ganzen Kammerbezirks zugesandten Hebezetteln. Geschäftsstelle bezw. Postscheckkonto Dortmund Nr. 13 849 der Handelskammer.

Die Nummer des Sollbuchs oder der Hauptsteuerliste ist zur schnelleren Abfertigung bei jeder Zahlung oder Voranmeldung anzugeben.

„Tote, die leben"

Roman von A. Hottner-Grefe.

26) Nachdruck verboten.

„Nun, da hätten wir ja eine Person", meinte der Gerichtsrat bedächtig, „die mit jenen Briefen in Zusammenhang gebracht werden könnte. Wie war denn der Name dieses sauberen Gesellen?"

„Er hieß Hugo Mahr; aber daß er diese Briefe geschrieben hat, kommt mir nicht wahrscheinlich vor. Er ging, kurz nachdem er von mir diese Abweisung erhalten hatte, nach Amerika und ist seither nicht mehr aufgetaucht. Er soll sich auch geäußert haben, ich sei es, die ihn aus seiner Heimat vertrieben habe, und ich sei schuld, wenn er ein Lump werde."

„Das scheint er wohl schon früher gewesen zu sein", meinte der Gerichtsrat trocken. „Haben Sie nun nichts mehr hinzuzufügen?"

Hedwig schüttelte stumm den Kopf.

„So muß ich Ihnen denn jetzt folgendes sagen, Hedwig Mirbach", sagte der alte Herr ernst. „Die äußerlichen Verdachtsgründe, welche gegen Sie vorliegen, sind immerhin zu schwer, als daß ich es mit meiner Pflicht vereinbaren könnte, Sie auf freiem Fuß zu belassen. Ich muß also die Untersuchungshaft über Sie verhängen."

Hedwig wankte. Dr. Richter sprang hinzu und fing sie in seinen Armen auf.

„Aber verzagen Sie deswegen nicht", fuhr der Rat fast väterlich wohlwollend fort. „Das Gericht ist nicht leicht zu täuschen, und wenn Sie wirklich unschuldig sind, so wird dies auch ans Licht kommen. Wir haben schon schwerere Rätsel gelöst."

„Hedwig", sagte nun auch der junge Polizeibeamte, „zürne mir nicht. Ich habe nur meine Pflicht getan, als ich dich dem Gericht überlieferte. Du mußt das einsehen. Aber hier schwöre ich's dir, daß ich nicht ruhen und rasten will, bis ich diesem dunklen Geheimnis auf den Grund gekommen bin, um deinetwillen und um dessenwillen, der mein Freund ist und den du liebst. Und wenn du jetzt irgend einen Wunsch hast, so sprich ihn aus. Ich erfülle ihn, so wahr ich dein Freund bin."

Hedwig Mirbach hatte sich etwas gefaßt, aber sie schluchzte laut.

„Meine arme Mutter", sagte sie unter heftigem Weinen; „sie weiß noch von nichts. Wie bitter wird sie dieser neue Schlag treffen!"

„Ich fahre sofort selbst zu ihr", sagte Dr. Richter hastig, „sie soll es nicht von unberufener Seite erfahren. Und was ich ihr an Trost geben kann, will ich tun."

„Und Rolf sage, daß ich seiner nicht unwürdig bin, wenn auch jetzt der Schein gegen mich ist. Er soll an mich glauben, denn ich bin unschuldig, so wahr ich lebe."

Der Gerichtsrat schellte. Ein Justizsoldat trat ein. Da raffte sich Hedwig Mirbach auf und löste sich aus den Armen des jungen Mannes.

„Ich möchte noch um etwas ersuchen", sagte sie zögernd, einen scheuen Blick auf den Soldaten werfend. „Da ich nun doch längere Zeit werde hier bleiben müssen, so bedarf ich einiger Toilettengegenstände und eines anderen Kleides. Jenes, welches ich jetzt trage, ist von dem Wetter dieser Nacht arg mitgenommen."

„Dagegen habe ich nichts einzuwenden," erwiderte der Gerichtsrat. „Sie können sich, was Sie bedürfen, holen lassen und die abgelegten Sachen nach Hause schicken. Natürlich müssen alle Gegenstände bei ihrem Eintreffen und vor der Hinausgabe durchsucht werden, denn einen schriftlichen Verkehr mit den Ihrigen unterhalten dürfen Sie jetzt nicht."

„Aber ein paar Abschiedsworte darf ich der Mutter doch schreiben?" fragte Hedwig, und Dr. Richter fiel hastig ein:

„Das könnte ja ich besorgen. Schreibe auf einen Zettel, was du brauchst. Vielleicht ist der Herr Gerichtsrat so freundlich, mir einen seiner Leute mitzugeben, der kann dir das Nötige überbringen und dann dein Kleid der Mutter zurücktragen."

Der alte Herr nickte gewährend. Hedwig schrieb rasch einige Zeilen und reichte sie dem Vorsitzenden, der sie durchlas und sie dem jungen Polizeibeamten einhändigte. Dann warf Hedwig Mirbach noch einen letzten Blick durch das Fenster auf die im Herbstessonnenschein glühenden Bäume und schritt blaß, aber mit festen Schritten ihrem Wächter voran in ihre Zelle, deren Mauern sie nun scheiden sollten von der schönen Welt draußen und von allen Menschen, die sie liebte. Als aber die Tür ihres Gefängnisses hinter ihr zufiel, da verließ sie der letzte Rest ihrer nur mehr mühsam aufrecht erhaltenen Fassung. Sie sank auf einen Stuhl nieder, vergrub ihr Gesicht in ihre Hände und weinte heiß und bitterlich.

Trotzdem die beiden Geschwister Irwein erst abends in Wien ankamen, hatten sie noch bei Gericht vorgesprochen und dort das Schicksal Hedwigs erfahren. Ein Versuch Rolfs, ihr ein Zeichen seiner Liebe und Teilnahme zukommen zu lassen, war fehlgeschlagen. Der Gefangenen dürfe keinerlei Verkehr mit der Außenwelt gestattet werden, hieß es; einzig Dr. Richter könne noch mit Bewilligung des Untersuchungsrichters sie nötigenfalls besuchen. Auf die Frage, wo Dr. Richter sich jetzt aufhalte, wurde ihnen der Bescheid, er habe es übernommen, Frau Mirbach von dem Geschehenen zu verständigen. So beschlossen denn auch Hella und Rolf, sich zu ihrer Tante, Frau Mirbach, zu begeben.

Hella hatte kein Wort gesprochen. Nun legte sie sanft ihre Hand auf den Arm des Bruders.

„Hart ist es, Rolf! Das weiß ich gut und fühle es wie du. Aber ermanne dich und gib dich nicht schrankenlos deinem Schmerze hin. Jetzt muß im Interesse Hedwigs gehandelt werden, so rasch als möglich, damit ihr guter Name wiederhergestellt und sie uns allen baldigst wiedergegeben werde. Und wer ist dazu berufener als du, der sie liebt? Gewiß hofft sie auch im stillen auf dich und du darfst ihre heimliche Hoffnung nicht täuschen. Also sei ein Mann und schüttle diesen lähmenden Trübsinn ab."

Rolf richtete sich straff empor.

„Du hast recht! Es nützt nichts, Unabänderlichem nachzuhängen. Von meiner Hand soll Hedwig ihre Freiheit wieder erlangen, als unser schönstes Brautgeschenk. Und Richter wird mir helfen. Er soll alles erfahren und vielleicht können wir sofort handeln. Die Spuren eines Verbrechers sind ja so leicht verwischt. Vielleicht kommen wir heute schon der Klärung des Geheimnisses um einen Schritt näher."

Mit diesen tröstenden Gedanken betraten sie das Haus, in welchem Frau Mirbach wohnte und stiegen die Treppe zu ihrer Wohnung empor.

Dr. Richter kam ihnen entgegen; er kannte ihre Anhänglichkeit an die alte Frau und hatte ihr Kommen erwartet.

„Sie ist bereits seit Vormittag von allem unterrichtet", flüsterte er ihnen zu, „und seltsam gefaßt ist sie. Es war doch ein harter Schlag für sie, aber sie ertrug ihn wunderbar ruhig."

(Fortsetzung folgt.)

Westfälische Großhandelspreise vom 28. Febr. 1924.
(Festgesetzt durch eine Notierungskommission, die paritätisch zusammengesetzt ist aus Groß- und Kleinhändlern sowie Verbrauchern).

Die Preise verstehen sich für 50 Kilo in Originalpackung ab Lager des Großhändlers in Münster, und zwar in Goldmark.

Gerstengraupen	17,00
Haferflocken	16,25
Kochstärke	26,00
Roggenmehl	13,00
Weicher Weizengrieß	19,75
Hartgrieß	22,00 – 23,00
70% Weizenmehl	14,75
do. Auszugsmehl	16,00
Viktoria-Erbsen	20,00
Grüne Erbsen	19,00
Weiße Bohnen	23,00
Linsen, große	42,00
Rüböl	49,00
Salatöl	60,00
Deutscher Perlsago	28,00
Makkaroni, lose	40,00
Schnittnudeln	25,00 – 26,00
Burma-Reis II. ung.	18,00
Siam-Patna-Reis	26,00
Grober Bruchreis	15,00
Ringäpfel, amerik.	87,00 – 92,00
Pflaumen sackw	35,00
Korinthen in Kisten	72,00 – 76,00
Cleme-Rosinen	63,00
Sultana-Rosinen	78,00
Santos-Kaffee I. prima roh	200,00
Santos-Kaffee II, superior roh	180,00
Fein blauer Kaffee	260,00
für gebrannte Ware 30 Prozent mehr	
Malzkaffee, Kathreiner usw.	24,00 – 32,80
Kornkaffee, Selig usw.	24,00 – 32,80
Ersatzmischung, 20 Prozent	75,00
Kakaopulver	110,00
Tee in Kisten	325,00 – 425,00
Inlandzucker	41,50
Raffinadezucker	43,50
Kunsthonig	43,00
Marmelade I	65,00 – 80,00
Vierfrucht-Marmelade	40,00 – 45,00
Siedesalz in Säcken	5,00
Steinsalz in Säcken	3,35
Pure-land Schmalz	70,00
Margarine, handelsübliche	52,00
Margarine, Spezialmarke	65,00
Corned beef, per Kiste	34,00 – 36,00
Speck, gesalzen	65,00
Holländer, vollfett	130,00 – 155,00
do halbfett	80,00 – 95,00
Norweger Heringe (700 – 800), Tonne	26,00
Emdener Heringe (750 – 850) je Tonne	55,00
Zündhölzer. 100-Packung	24,00

Humor vom Tage.

Ein Mißverständnis. Durchlaucht (zum Wortführer einer ländlichen Abordnung): „Wie ich zu meinem Bedauern höre, haben Sie in der Silvesternacht einen großen Brand gehabt?!" — „O nein, Durchlaucht, es war nur ein kleiner Kater."

Die Venus von Milo. Hausfrau (zum neuengagierten Dienstmädchen, auf die armlose Statue der Venus von Milo zeigend): „Haben Sie diese Figur abgestaubt, Anna?" — „Nein, gnädige Frau, die war schon zerbrochen, als ich hierher kam."

Pump und Pumpe. Student: „Herr Wirt, Ihr Wein schmeckt wie Wasser!" — „Kein Wunder, Sie trinken ja nur gepumpten!"

Arbeiter und Angestellte.

Hamburg. (Der Arbeitskampf auf den deutschen Werften.) In Hamburg liegen infolge des Streikes um die Arbeitszeit alle Werften still. — In Bremen wurden ebenfalls alle Werftbetriebe geschlossen, in Lübeck wurde bekannt gemacht, daß alle Arbeiter, die nur acht Stunden arbeiten wollen, entlassen sind.

Börse und Handel.

Besserung der Effektenbörse.

* Berlin, 29. Februar.

Die bessere Haltung der Effektenbörse, die sich schon gestern geltend machte, trat heute noch klarer in Erscheinung. In allen Abteilungen des Industrieaktienmarktes überwogen Erholungen die mäßigen Abschwächungen. Das Geschäft hielt sich aber wieder in engen Grenzen. Der Devisenmarkt war unverändert. Die Anforderungen hatten keine Verminderung erfahren. Infolgedessen konnten die Zuteilungen auch nicht erhöht werden. Die Kurse blieben im allgemeinen unverändert. Brüssel und Paris waren etwas erholt.

In Millionen Mk. **Was kosten fremde Werte?** Ohne Gewähr

Börsenplätze	29. 2. gesucht	29. 2. angeb.	28. 2. gesucht	28. 2. angeb.
Holland 1 Guld.	1 566 075	1 573 925	1 566 075	1 573 925
Dänemark 1 Kr.	666 330	669 670	664 335	667 665
Schweden 1 Kr.	1 097 250	1 102 750	1 097 250	1 102 750
Norwegen 1 Kr.	554 610	557 390	552 615	555 385
Finnland Mark	105 735	106 265	105 735	106 265
Amerika 1 Doll.	**4189500**	**4210500**	**4189500**	**4210500**
England 1 Pfd.	18 054 750	18 145 250	18 054 750	18 145 250
Schweiz 1 Fr.	728 175	731 825	728 175	731 825
Frankreich 1 Fr.	176 558	177 442	174 563	175 437
Belgien 1 Fr.	149 625	150 375	149 625	150 375
Italien 1 Lira	181 545	182 455	179 550	180 450
Tschechien 1 Kr.	122 193	122 807	122 193	122 807
Österr. 1000 Kr.	62 842	63 158	62 842	63 159
Ungarn 1000 Kr.	84 787	85 213	79 999	80 401

* Rauhfutter. Berlin, 29. Februar. (Amtlich.) Großhandelspreise pro 50 Kilogramm ab märkischer Station (in Goldmark): drahtgepr. Roggen- und Weizenstroh 0,65—0,80, desgleichen Haferstroh 0,50—0,60, desgleichen Gerstenstroh 0,45—0,60, Roggenlangstroh, bindfadengepreßtes Roggen- und Weizenstroh je nach Frachtlage, Häcksel 1,00—1,15 handelsübliches Heu 0,90—1,15, gutes Heu 1,20—1,50, Mielitzheu lose 0,75—0,85, Kleeheu lose 1,90—2,20.

Schriftleitung: Wilh. Bell Halver.

Ordl. Mädchen,
welches melken kann, für sofort oder später gegen hohen Lohn und gute Behandlung gesucht
Zu erfragen in der Geschäftsstelle des Allg Anz in Halver.

Ein nicht zu junges
Mädchen
gesucht.
Frau Aug. Schäckermann, Halver. Telefon 151.

Einige jüngere
Arbeiter oder Arbeiterinnen
zum Anstielen gesucht
Dresbach & Cie., Halver.

Wir stellen Ostern einen
Kontor-Lehrling
ein.
Kattwinkel & Kuhbier, Kierspe-Bahnhof.

Holzschuhe
kaufen Sie preiswert bei
Th. Becker, Kierspe-Bhf.

Kontobuch
über zu zahlende und gezahlte Reichssteuern (Lohnsteuer, Einkommensteuer, Umsatzsteuer) mit Erläuterungen
empfiehlt
Wilh. Bell jr, Halver.

Da die Anschaffung von Kleidung besonders zum kommenden Osterfeste, heute in vielen Familien sehr schwer wird, bin ich bereit, meiner werten Kundschaft **durch weitgehendste Erleichterung in der Zahlungsweise** behilflich zu sein.

Durch den täglichen Eingang von

Herren-
Burschen-
Schuhwaren **Knabenkonfektion**
Damen-, Mädchen- und Kinderkonfektion

in bewährten, soliden Qualitäten und bester Verarbeitung zu denkbar niedrigen Preisen **finden Sie bei mir reiche Auswahl**

Erleichterte Zahlungsweise

Ich empfehle deshalb, ihre Wahl schon jetzt zu treffen, da bei Neubestellungen längere Lieferzeit verlangt wird, während ich schon **jetzt gekaufte Sachen bei entsprechender Anzahlung zurücklege.**

Zur Massanfertigung empfehle
Herrenstoffe
nur gute Ware.
halbwoll. M. 9.50 p. Mtr. reinwoll. M. 13.50 p. Mtr.

Neumann
Kornblum
Hagen i. W., Frankfurterstr. 97—109, gegenüber der Johanniskirche.

Damen
und
Herren
-Konfektion
auf
Teilzahlung
Warenhaus
B. Schiffeliers
Hagen
Elberfelderstr. 96
Eingang Möbelgeschäft.



Niederlage bei:
W. Bell jr., Halver.
Gust. Schröder, Schalksmühle.

Habe wieder prima
Futtergerste, Roggen, Hafer sowie Oelkuchen
aus eigener Mühle zu Tagespreisen abzugeben.
Wilh. Becker, Schnörrenbach.

Erhalte Montag nachmittag eine Auswahl prima Oldenb.
Ferkel
und stelle selbige am Dienstag zum Verkauf. Mittwoch, den 5 März, bin ich morgens von 11—1 Uhr mit prima Oldenb.
Schweinen
beim Wirt Tasche in Brügge.
Rob. Zapp, Schalksmühle.
Telefon 146

Danksagung.

Für dis vielen Beweise herzlicher Teilnahme bei dem Heimgange meines lieben Mannes, insbesondere der Freiw. Feuerwehr und allen Nachbarn für ihren tatkräftigen Beistand meinen innigsten Dank.

Frau Heinr. Schröder.

Oberbrügge, den 1. März 1924.

Die überaus zahlreichen Beweise herzlicher Teilnahme an dem schweren Verlust, der uns durch den Heimgang unserer geliebten Tochter und Schwester betroffen hat, sagen wir

innigen Dank.

Die grosse Liebe, welche an Sarg und Grab der Entschlafenen so ergreifend zum Ausdruck gekommen ist, hat uns tief bewegt und unserm Herzen wohlgetan.

Familie Pfarrer Reinhold
zu Lieberhausen.

Zement-
Rohre, 112
Dielen,
Dachziegel,
Schwemmsteine
Selbsttränker
für Ställe.
Bausteinfabrik G. m. b. H.
Kierspe i. W.
Telef. Meinerzhagen 1

Mietsätze ab 1. März 1924.

Die Zuschläge zur Friedensmiete betragen

1.	für Verwaltungskosten usw.	5%
2.	„ laufende Instandsetzungsarbeiten	8%
3.	„ Betriebskosten	15%
	Zusammen	28%

Die Grundsteuer kann in Höhe von 10% auf die Mieter nach dem Verhältnis der Grundmieten umgelegt werden.

Lüdenscheid, den 29. Febr. 1924.

Der Amtmann.

Steckenpferd-Seife
die beste Lilienmilchseife für zarte weiße Haut
Zu haben bei: [2163]
Drog. C. Menke, Frankfurterstr., H. Köster, Galanteriew., Halver.



Freiwillige Feuerwehr Neuenhaus b. Kierspe

feiert
unter gütiger Mitwirkung des
Quartett-Vereins „Frohsinn", Halver
am Sonntag, den 9. März d Js.
sein diesjähriges
Winter-Fest
bestehend in musikalischen, theatralischen und gesanglichen Aufführungen mit
nachfolgendem Ball.
Anfang punkt 4 Uhr. Kassenöffnung ½ Stunde vorher.
Zu recht zahlreichem Besuch ladet ergebenst ein **Der Vorstand.**